

Anlage 3: Erklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen

Ich/wir erkläre(n), dass hinsichtlich keiner der nachfolgend aufgezählten Ausschlussgründe aus dem § 123 Abs. 1 GWB eine rechtskräftige Verurteilung vorliegt:

- § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: §§ 129, 129a, 129b StGB (Bildung krimineller/terroristischer Vereinigungen/im Ausland)
- § 123 Abs. 1 Nr. 2 GWB: § 89c StGB bzw. entspr. Teilnahmetatbestände
- § 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB: § 261 StGB (Geldwäsche)
- § 123 Abs. 1 Nr. 4 GWB: § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Tat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden
- § 123 Abs. 1 Nr. 5 GWB: § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Tat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden
- § 123 Abs. 1 Nr. 6 GWB: § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr)
- § 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB: § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern)
- § 123 Abs. 1 Nr. 8 GWB: §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete)
- § 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB: Art. 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)
- § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB: §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Ich / wir erkläre(n) ferner, dass

- eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung gegen mich/uns wegen Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen nicht vorliegt (§ 123 Abs. 4 GWB),
- ich/wir in der Vergangenheit bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen haben,
- ich/wir nicht zahlungsunfähig ist/sind oder ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist,
- ich/ wir keine schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit begangen habe(n)/ hat, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Absprachen oder sonstige (abgestimmte) Verhaltensweisen mit anderen Unternehmen bestehen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei

- der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- ich/wir nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war(en).

Hinweis:

Sofern einer oder mehrere der vorliegend aufgezählten Punkte zutreffen sollte, ist/sind diese(r) durchzustreichen. Anderenfalls ist die Erklärung unterschrieben abzugeben. Auf die Möglichkeit einer Selbstreinigung nach § 125 GWB wird hingewiesen.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel